

78-1693-1 Fotok. am 24. 10. 58/31

Wolfgang Sauer

Den 17.2.1953

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV  
2294/59

Vertraulich

Bericht über die Unterredung mit Staatsarchiv-  
rat Böhm, München, den 26.1.1953

---

1. Persönliche Daten

Nach dem 1. Weltkrieg in das Reichswehr-Infanterieregiment 19 übernommen (Dienstgrad vor der Übernahme: Kgl. bayerischer Fähnrich).

Am 9.11.1923 Teilnahme an der Abwehr des Hitler-Putsches in München.

Als Leutnant und Oberleutnant im IR. 19 "Annahme-Offizier" (verantwortlich für die Einstellung von Mannschaften; die Funktion wurde nebenamtlich ausgeübt), etwa 1926-30.

Nach 1933 Schwierigkeiten wegen Teilnahme an der Abwehr des Hitler-Putsches am 9.11.1923.

1937 Abschied als Hauptmann.

2. Auswahlmaßstäbe für Übernahme von Offizieren in die Reichswehr, 1919/20.

Man nahm nicht gern Fähnriche oder ganz junge Offiziere, lieber solche, die schon Offiziere waren, oder Neueinstellungen.

Böhm bestätigt, dass die Klikenwirtschaft der führenden Generalstabsoffiziere mit verantwortlich war für die starke Übernahme der militärischen Bürokratie in die Reichswehr.

Auf die Erhaltung der Weltkriegserfahrung wurde geringer Wert gelegt, weil sich die Truppenkommandeure zu sehr an Stellungskrieg orientierten. Diesen sah man aber in der Reichswehrrführung als nicht typisch an, sondern drängte auf Wiederbelebung des "Angriffsgeistes". Das ging soweit, dass in den ersten Jahren bei Truppenübungen häufig unkriegsmässige Bilder entstanden, z.B. Auffahren einer bespannten MG-Abteilung in Reichweite der gegnerischen Infanteriewaffen.

Institut für Zeitgeschichte

Für den Adelsprozentsatz bestätigt Böhm die anfängliche Zurückhaltung des Adels bei der Bewerbung um Offizierstellen.

3. Spätere Auswahl von Offizieren

Anfänglich liess man neben Adels- und Offizierssöhnen auch die anderer Schichten - s.B. aus dem kleinen Mittelstand - zu. Später entstand die Tendenz, diese Gruppen zurückzudrängen.

Nach der Machtergreifung Hitlers trat ein neuer Wandel ein; man drängte jetzt seitens der Regierung wieder auf Berücksichtigung auch der unteren Schichten, stiess damit allerdings auch auf den Widerstand der Reichswehrführung. Böhm erzählt folgendes Beispiel: Oberst Graf, damals Kommandeur des IR.19, trägt dieser neuen Tendenz weitgehend Rechnung, teils, weil er etwas bürokratisch war und sich daher gewöhnt hatte, die gegebenen Vorschriften ohne viel Nachdenken auszuführen, teils aber auch aus Überzeugung. Darauf wird er von einem die Truppe bereisenden Oberstleutnant vom Berliner Reichskriegs-Ministerium darauf hingewiesen, dass derartiger Offiziersersatz nicht erwünscht sei.

4. Auswahl der Mannschaften

In Bayern gute Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Polizei; daher gelang die Einrichtung eines hermetisch funktionierenden Auswahlsystems. In den Heeres-Ergänzungsbestimmungen war verfügt worden, dass alle Freiwilligen, die sich zur Aufnahme in die Reichswehr meldeten, ein polizeiliches Führungszeugnis bringen mussten. In Bayern wurde dieses Führungszeugnis von der Polizei benutzt, um darauf nicht nur die polizeiliche Beurteilung, sondern auch die politischen Verhältnisse des Bewerbers und seiner Familie anzugeben. So wurde s.B. vermerkt, wenn der

Bewerber selbst oder wenn einer seiner Verwandten Angehöriger der SPD war.

Im Übrigen fragte das Regiment dann bei Lehrer und Pfarrer des Heisortes an. Kam vom Lehrer eine positive, vom Pfarrer aber eine negative Auskunft, so neigte man dazu, die letztere höher zu bewerten, "denn der Lehrer konnte ja ein Sozi sein!"

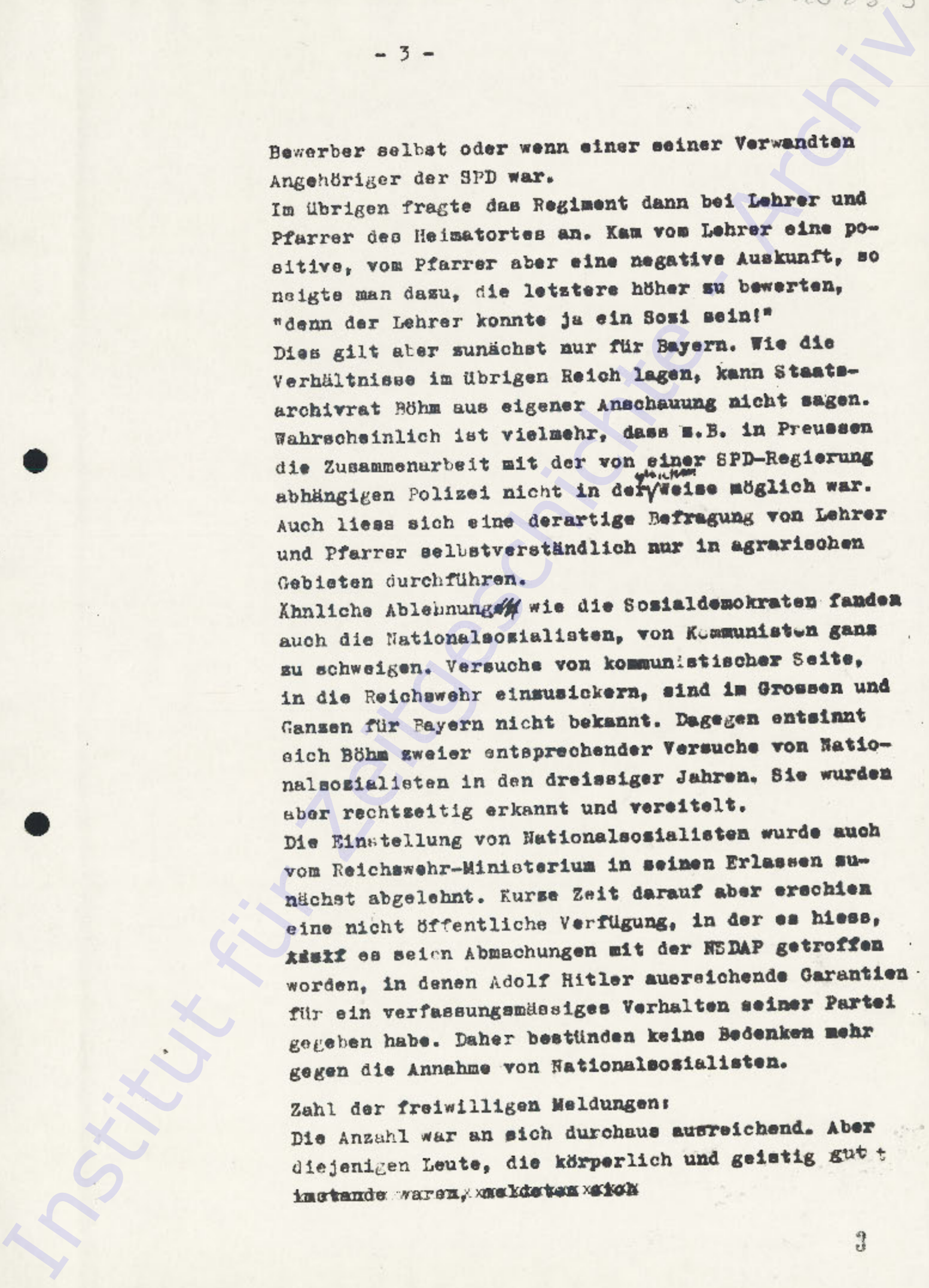
Dies gilt aber zunächst nur für Bayern. Wie die Verhältnisse im übrigen Reich lagen, kann Staatsarchivrat Böhm aus eigener Anschauung nicht sagen. Wahrscheinlich ist vielmehr, dass m.B. in Preussen die Zusammenarbeit mit der von einer SPD-Regierung abhängigen Polizei nicht in der Weise möglich war. Auch liess sich eine derartige Befragung von Lehrer und Pfarrer selbstverständlich nur in agrarischen Gebieten durchführen.

Ähnliche Ablehnungen wie die Sozialdemokraten fanden auch die Nationalsozialisten, von Kommunisten ganz zu schweigen. Versuche von kommunistischer Seite, in die Reichswehr einzusickern, sind im Grossen und Ganzen für Bayern nicht bekannt. Dagegen entsinnt sich Böhm zweier entsprechender Versuche von Nationalsozialisten in den dreissiger Jahren. Sie wurden aber rechtzeitig erkannt und vereitelt.

Die Einstellung von Nationalsozialisten wurde auch vom Reichswehr-Ministerium in seinen Erlassen zunächst abgelehnt. Kurze Zeit darauf aber erschien eine nicht öffentliche Verfügung, in der es hiess, ~~das~~ es seien Abmachungen mit der NSDAP getroffen worden, in denen Adolf Hitler ausreichende Garantien für ein verfassungsmässiges Verhalten seiner Partei gegeben habe. Daher bestünden keine Bedenken mehr gegen die Annahme von Nationalsozialisten.

Zahl der freiwilligen Meldungen:

Die Anzahl war an sich durchaus ausreichend. Aber diejenigen Leute, die körperlich und geistig gut t ~~instande waren, meldeten sich~~



imstände waren und Chancen im Leben hatten, meldeten sich in der Regel nicht. In Bayern, das hauptsächlich Agrarland war, kamen vor allen Dingen die zweiten und dritten Söhne der Bauern, für die das Soldatenleben noch eine Erleichterung war und die obendrein auf dem Versorgungswege auf eine Beamtenstellung hofften. Weiter meldeten sich gelegentlich auch nicht fertig gewordene Mittelschüler in grösserer Zahl, deren Aufnahme die Kommandeure aber im allgemeinen ablehnten. Man verliess sich aber nicht nur auf freiwillige Meldungen, sondern inserierte auch in der Zeitung.

##### 5. Zur politischen Einstellung des Offizierskorps

Das Offizierskorps war seiner Haltung nach im Grossen und Ganzen als deutschnational zu bezeichnen, allerdings ohne sich mit der Partei gleichen Namens zu identifizieren. Diese Haltung implizierte die Gegnerschaft zur Demokratie, Ablehnung der SPD und natürlich auch der KPD. Beides wurde summarisch als "Bolschewismus" bezeichnet. Im Übrigen war die Haltung des Offizierskorps "unpolitisch", mit der Folge, dass Seeckt als Chef der Heeresleitung auch zu einer Art politischen Oberhauptes des Heeres wurde. Als dann in der Gestalt Hindenburgs einer der repräsentativsten Offiziere des alten Heeres zum Reichspräsidenten gewählt wurde, hat man das damals durchweg als eine ideale Lösung angesehen.

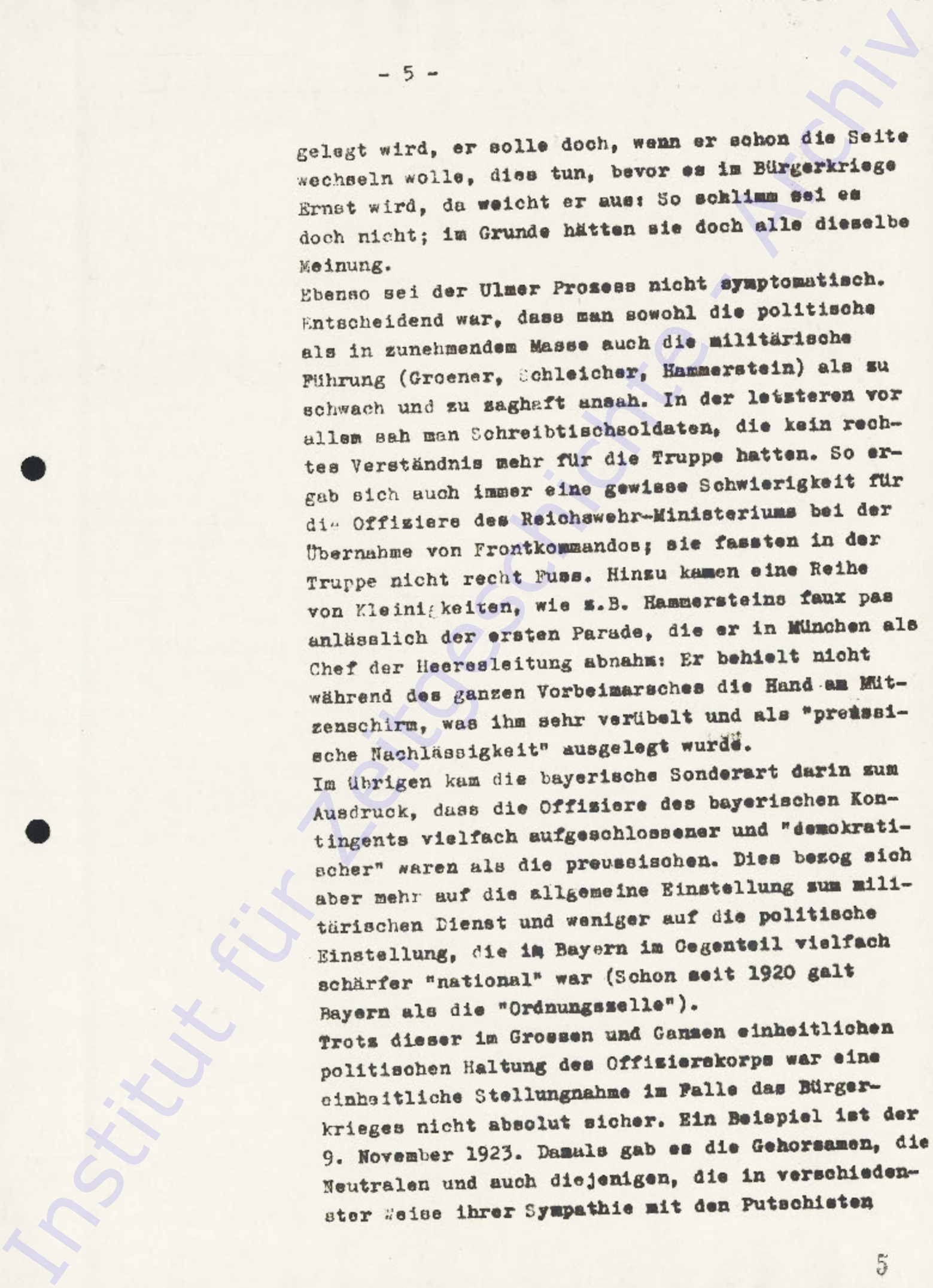
Haltung des Offizierskorps zum Nationalsozialismus: Ältere und mittlere Jahrgänge strikt ablehnend; jüngere <sup>er</sup> nicht unempänglich, aber im Grunde unbedeutend, weil nicht wirksam. Böhm berichtet dazu, es habe im IR. 19 <sup>er</sup> "Nazis" gegeben: Dietl und Ritter von Xylander (Sohn des bekannten Wehrwissenschaftlers). Als dem letzteren im Kameradenkreise nahe-

gelegt wird, er solle doch, wenn er schon die Seite wechseln wolle, dies tun, bevor es im Bürgerkriege Ernst wird, da weicht er aus: So schlimm sei es doch nicht; im Grunde hätten sie doch alle dieselbe Meinung.

Ebenso sei der Ulmer Prozess nicht symptomatisch. Entscheidend war, dass man sowohl die politische als in zunehmendem Masse auch die militärische Führung (Groener, Schleicher, Hammerstein) als zu schwach und zu zaghaft ansah. In der letzteren vor allem sah man Schreibtischsoldaten, die kein rechtes Verständnis mehr für die Truppe hatten. So ergab sich auch immer eine gewisse Schwierigkeit für die Offiziere des Reichswehr-Ministeriums bei der Übernahme von Frontkommandos; sie fassten in der Truppe nicht recht Fuss. Hinzu kamen eine Reihe von Kleinigkeiten, wie z.B. Hammersteins faux pas anlässlich der ersten Parade, die er in München als Chef der Heeresleitung abnahm: Er behielt nicht während des ganzen Vorbeimarsches die Hand am Mützen-schild, was ihm sehr verübelt und als "preussische Nachlässigkeit" ausgelegt wurde.

Im Übrigen kam die bayerische Sonderart darin zum Ausdruck, dass die Offiziere des bayerischen Kontingents vielfach aufgeschlossener und "demokratischer" waren als die preussischen. Dies bezog sich aber mehr auf die allgemeine Einstellung zum militärischen Dienst und weniger auf die politische Einstellung, die in Bayern im Gegenteil vielfach schärfer "national" war (Schon seit 1920 galt Bayern als die "Ordnungszelle").

Trotz dieser im Grossen und Ganzen einheitlichen politischen Haltung des Offizierskorps war eine einheitliche Stellungnahme im Falle des Bürgerkrieges nicht absolut sicher. Ein Beispiel ist der 9. November 1923. Damals gab es die Gehorsamen, die Neutralen und auch diejenigen, die in verschiedenster Weise ihrer Sympathie mit den Putschisten



Ausdruck gaben. Die letzteren waren weit zahlreicher als bekanntgeworden ist und beschränkten sich nicht nur auf die Offiziersanwärter der Münchener Kriegsschule. Man hat diese Fälle aber später vertuscht, bzw. die Betreffenden in der Versenkung verschwinden lassen. So hatte z.B. ein Bataillonskommandeur, der mit seinem Bataillon zur Bekämpfung des Putsches nach München beordert worden war, vor der Stadt halten lassen und, in der irrigen Annahme, es handle sich um die Unterstützung des Putsches, die Ablage der damaligen Reichskokarde - des sogenannten "Pleitegeiers" - befohlen. Die Folge war, dass das Bataillon ein paar Tage lang ohne Kopfbedeckung herumlaufen musste, bis neue "Pleitegeier" eingetroffen waren.

6. Geheime Aufrüstung

Bei der Ausbildung zum Führerheer innerhalb der Reichswehr wurde seit etwa 1930/31 so verfahren, dass man zum Zwecke der Verdreifachung des Heeres eine dreifache Führergarnitur ausbildete, d.h. ausser der etatsmässigen noch zwei weitere. Dementsprechend gingen dann die Besichtigungen so vor sich, dass die betreffende Einheit (Kompanie, Bataillon usw.) zunächst mit der etatsmässigen Besetzung übte; sodann wurden die Führerstellen neu besetzt und damit eine gleiche Übung durchgeführt. Schliesslich wurde das Verfahren dann noch einmal wiederholt. Nach der Erinnerung von Staatsarchivrat Böhm soll die Idee hiersu von dem General Adam, damaligen Chef des Truppenamtes, stammen.

Ende 1932, Anfang 1933 ging man dann dazu über, mit wirklich verdreifachten Einheiten zu üben. Mit Hilfe besonders eingerichteter Wehrkreiskommandos wurden im ganzen Reichsgebiet bestimmte Bataillone aus schnell ausgebildeten Leuten auf Regimentsstärke

gebracht und auf Truppentübungsplätzen 5 Wochen lang geschult. Böhm selbst hat das beim I./IR.19 erlebt, aus dem damals das sogenannte "Übungeregiment Kübler" aufgestellt wurde.

Bemerkungen zur Unterredung mit Staatsarchivrat Böhm

---

In Staatsarchivrat Böhm, der 1937 als Hauptmann aus dem Heere ausschied, kann man bis zum gewissen Grade den Repräsentanten der "Truppe" (im Gegensatz zu General Foertsch) sehen. Trotz des vermutlich nur geringen Altersunterschiedes wirkte Böhm jünger; er ist temperamentvoller als Foertsch, und man merkte ihm an, dass die Probleme, um die es bei der Unterredung ging, ihn noch heute leidenschaftlich bewegen. Besonders eindringlich kam dabei die Empfindlichkeit zum Ausdruck, die das Offizierkorps aus der Zeit der Diskriminierung nach dem letzten Kriege zurückbehalten hat. Das Zentralproblem ist dabei das Verhältnis der Reichswehr zum Nationalsozialismus. In diesem Zusammenhang steigerte sich Böhm einmal bis zu der Behauptung, es müsse für die künftige Geschichtschreibung in dieser Frage geradezu als "Dogma" gelten, dass die Reichswehr verfassungstreu war, nicht zur Machtergreifung Hitlers beigetragen und im Gegenteil eine der stärksten Stützen des Weimarer Staates abgegeben hat. Dass diese Behauptung in direktem Gegensatz zu den anderen von ihm gegebenen Informationen stand, wurde ihm nicht bewusst.

Die leichte Spannung, die insofern zunächst im Gespräch fühlbar war, klang erst ab, als ich ihm sagte, für uns handele es sich ja nicht darum, Schuldige zu suchen; was uns interessiere, sei die

Frage, wie man eine ähnliche Katastrophe in Zukunft verhindern könne. Unter diesem Gesichtspunkt versuchten wir die Fehler zu finden, die damals gemacht worden seien.

Sehr deutlich kam dies alles in der Diskussion über den 30. Juni 1934 zum Ausdruck. Als ich die Behauptung aufstellte, dies sei der eigentliche schwarze Tag der Reichswehr gewesen, an dem sie zumindest ihre moralische Handlungsfreiheit gegenüber dem Nationalsozialismus verloren habe, versuchte er die damalige Haltung des Offizierkorps zu rechtfertigen (Unkenntnis der wahren Vorgänge, Täuschung durch nachträgliche Erklärungen Hitlers, Gewöhnung an Gehorsam). Als ich ihm dann aber die Frage vorlegte, ob er es für richtig halten würde, wenn das Offizierkorps künftig in einer ähnlichen Lage die gleiche Haltung einnehmen würde, wurde er nachdenklich.

Im übrigen resultierten derartige Ideen bei Böhm vor allem aus der gefühlsmässigen Solidarität mit seiner Berufsgemeinschaft. Seiner politischen Auffassung nach ist er, allein schon durch seinen Werdegang, ein strikter "Antinazi", wie er mir gegenüber denn auch ausdrücklich betonte, dass er zu den Leuten gehöre, die die Haltung der Männer vom 20. Juli 1944 verteidigten.

Für weitere Informationen steht auch er uns zur Verfügung, was insbesondere deshalb wichtig ist, weil er in der fraglichen Zeit ein Tagebuch geführt hat.

Institut für